

Postulat Luzius Theiler (GPB-DA): Keine Schiesskurse für Kinder und Jugendliche in der Fäger-Zeitung!

In der neuen Fäger-Zeitung des städtischen Jugendamtes, welche in grosser Auflage in allen Schulen von Bern und Umgebung verteilt wird, werden – mit einem verharmlosenden Bild illustriert – zwei Sportschiesskurse für 10- bis 15-jährige bzw. für 12- bis 16-jährige Kinder und Jugendliche angeboten.

Zwar wurden die Schiesskurse der Stadtschützen Bern schon in den vergangenen Jahren in der Zeitung des Berner Ferienpasses empfohlen. Die zunehmende Zahl tragischer Fälle von Waffenmissbrauch auch bei Jugendlichen im In- und Ausland hat das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Gewaltprävention inzwischen verstärkt. Auch noch so sorgfältig und verantwortungsbewusst erteilte Schiesskurse wecken – was ja wohl auch der Sinn der Kurse ist – bei einem Teil der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen die Neugier und die Lust auf den Gebrauch der Waffen. Wie Untersuchungen gezeigt haben¹, kommen viele Jugendliche zu Hause sehr leicht an Waffen und Munition. Bis zum Missbrauch in einem unkontrollierten Affekt ist es dann nur noch ein kleiner Schritt.

Der Gemeinderat wird ersucht zu veranlassen, dass im Fäger keine Schiesskurse mehr angeboten werden.

Bern, 14. März 2013

Erstunterzeichnende: Luzius Theiler

Mitunterzeichnende: Franziska Grossenbacher, Mess Barry, Cristina Anliker-Mansour, Sabine Baumgartner, Matthias Stürmer, Lukas Gutzwiller, Manuel C. Widmer, Rolf Zbinden, Christa Ammann, Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Esther Oester, Christine Michel, Sandra Ryser, Michael Köppli

Antwort des Gemeinderats

Bei den genannten Schiesskursen handelt sich um zwei von über 400 Angeboten in der aktuellen Fäger-Zeitung. Der Fäger spricht Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 18 Jahren in der Region Bern an. Die Mitgliedergemeinden entrichten Beiträge an den Fäger gemäss der Anzahl ihrer schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen.

Bei der Gestaltung des Fägerprogramms wird versucht, eine möglichst grosse Vielfalt von verschiedenen Veranstaltungen anzubieten. Eine politische oder weltanschauliche Wertung wird bei der Auswahl der Veranstaltungen bewusst nicht gemacht. Es wird lediglich darauf geachtet, dass gegen keine gesetzlichen Vorgaben oder sittlichen Grundsätze verstossen wird. Ebenfalls nicht aufgenommen werden Angebote mit aggressiv kommerziellen Inhalten und plumper Werbung. Kirchlich oder religiös orientierte Angebote müssen in der Ausschreibung unmissverständlich auf die entsprechenden Inhalte hinweisen und dürfen die Teilnehmenden konfessionell nicht einschränken.

Die Sicherheit der Teilnehmenden wird mittels Qualitätsstandards sichergestellt. So gibt es Vorgaben bezüglich der Begleitung bei Ausflügen, der Organisation von Stellvertretungen bei Ausfall der

¹ Z.B. <http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/unterland/An-Waffen-und-Munition-gelangen-kein-Problem-fuer-Jugendliche/story/22910284?comments=1>

Kursleitung, der Sicherstellung von erster Hilfe oder der Kommunikation zwischen dem Jugendamt, den Veranstaltenden und den Eltern.

Schiesskurse werden im Rahmen von Jugend und Sport unterstützt und die Kursleitungen ausgebildet. Unbestritten ist, dass die Kurse der Stadtschützen für den Schiesssport begeistern wollen. Gleichzeitig erziehen sie zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Waffen und beugen möglichen Unfällen vor. Die Eltern werden am ersten Kurstag zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Bei den in den Kursen verwendeten Waffen handelt es sich um Luftpistolen und Luftgewehre.

Der Hinweis auf die relativ leichte Verfügbarkeit von Waffen für Jugendliche steht aus Sicht des Gemeinderats in keinem Zusammenhang mit den genannten Fäger-Angeboten und diese Angebote laufen dem Interesse an der Gewaltprävention nicht zuwider. Weiter sieht der Gemeinderat auch keinen Zusammenhang zwischen den Kursen und den im Postulat genannten Unfällen mit Waffen. Ein Ausschluss der Schiesskurse aus dem Fägerprogramm erscheint aus den genannten Gründen nicht als gerechtfertigt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 11. September 2013

Der Gemeinderat